

99.028-4

Bilaterale Verträge Schweiz/EU**4. Freier Personenverkehr****Accords bilatéraux Suisse/UE.****4. Libre circulation des personnes***Fortsetzung – Suite*

Siehe Seite 1580 hiervor – Voir page 1580 ci-devant

*Bundesgesetz zum Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft, ihren Mitgliedstaaten und der Schweiz über den freien Personenverkehr (Fortsetzung)**Loi fédérale sur l'Accord entre la Communauté européenne, ses Etats membres et la Suisse concernant la libre circulation des personnes (suite)**Ziff. 9 Art. 66a (Fortsetzung) – Ch. 9 art. 66a (suite)***Präsidentin:** Mit der Überweisung der Kommissionsmotion 99.3424 ist Artikel 66a gestrichen.*Angenommen – Adopté***Ziff. 9 Art. 95a; Ziff. 10; Ziff. 11***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 9 art. 95a; ch. 10; ch. 11*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté**Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen**Le débat sur cet objet est interrompu**Schluss der Sitzung um 13.00 Uhr**La séance est levée à 13 h 00*

Siebente Sitzung – Septième séance

Donnerstag, 2. September 1999

Jeudi 2 septembre 1999

15.00 h

Vorsitz – Présidence:

Heberlein Trix (R, ZH)/Seiler Hanspeter (V, BE)

99.028-4

Bilaterale Verträge Schweiz/EU.

4. Freier Personenverkehr

Accords bilatéraux Suisse/UE.

4. Libre circulation des personnes

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 1598 hiavor – Voir page 1598 ci-devant

Bundesgesetz zum Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft, ihren Mitgliedstaaten und der Schweiz über den freien Personenverkehr (Fortsetzung)

Loi fédérale sur l'Accord entre la Communauté européenne, ses Etats membres et la Suisse concernant la libre circulation des personnes (suite)

Ziff. 1 Art. 1, 1a

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Keller Rudolf

Streichen

Ch. 1 art. 1, 1a

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Keller Rudolf

Biffer

Keller Rudolf (F, BL): Ich trage unsere Position hier nur vor, damit uns später im Referendumskampf nicht der Vorwurf gemacht werden kann, wir hätten diese Dinge nicht auf den Tisch gelegt. Seit Jahrzehnten verspricht uns der Bundesrat, den Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung zu stabilisieren, aber das Gegenteil ist eingetreten. Die Zahl der Ausländer nimmt immer mehr zu, und es strömen auch immer mehr Leute ins Land, welche schlicht nicht mehr zu integrieren sind.

Vor diesem Hintergrund beurteilen wir die Freizügigkeit im Personenverkehr als fatal und verhängnisvoll für unser Land. Wir kämpfen dagegen, dass der Vorrang der Einheimischen verloren gehen soll. Wir können das nicht akzeptieren.

Das Saisonierstatut soll also wegfallen. Es soll durch ein sogenannt eurokompatibles Kurzaufenthalterstatut ersetzt werden. Das Schlimmste daran ist aber die Tatsache, dass ein Recht auf Familiennachzug sowie berufliche und geographische Mobilität geschaffen werden sollen. Schon heute ist genau der Familiennachzug das grosse Problem in der Ausländerfrage.

Der Familiennachzug bringt uns am meisten Ausländer in unser Land, bringt uns eine stetige Neueinwanderung. Wenn wir jetzt also diesen Familiennachzug völlig freigeben, macht uns das angst; wir befürchten, dass unser Land regelrecht überrannt wird, auch von vielen Familienangehörigen, und

das können wir nicht akzeptieren. Dagegen werden wir mit unserem Referendum Sturm laufen.

Grenzgänger soll es künftig auch nicht mehr geben, jedenfalls nicht mehr nach gängiger Begriffsauslegung. Die tägliche Rückkehr an den Wohnort entfällt, wird ersetzt durch eine wöchentliche Heimkehrpflicht. Und, was eigentlich viel schlimmer und viel wesentlicher ist am Ganzen: Nach fünf Jahren entfällt auch die Grenzzone, aus der solche Grenzgänger bisher kommen durften. Niemand wird in der Lage sein zu kontrollieren, ob diese Leute auch mindestens einmal pro Woche nach Hause gehen.

Heute ist das ganz anders: Das war eine ganz selbstverständliche Sache. Ich komme ja aus einem Raum mit sehr vielen Grenzgängern, da weiss man genau, wer wo wohnt und wie die sozialen Beziehungen all dieser Leute sind. Das wird künftig nicht mehr möglich sein. Wir werden Grenzgänger aus dem ganzen europäischen Raum haben, sogenannte Grenzgänger, und es ist ganz klar, worauf das schlussendlich hinausläuft: Trotz flankierender Massnahmen wird es so sein, dass der Lohndruck für die einheimische Wohnbevölkerung immer grösser wird. Wir müssen uns dessen bewusst sein, und das ist ein weiterer Grund, weshalb wir Schweizer Demokraten dieses Referendum ergreifen; wir sind überzeugt, dass die flankierenden Massnahmen diesen Lohndruck nicht auffangen können.

Niemand muss uns weismachen, dass es nach der mehrjährigen Übergangsfrist schlussendlich noch möglich sein wird, das ganze Paket allenfalls rückgängig zu machen. Es steht wunderschön auf dem Papier. Es heisst jetzt: Nach sieben Jahren kann man das Ganze einmal anschauen; wenn man es nach sieben Jahren nicht neu aufrollen will, dann schaut man es halt nach zwölf Jahren an. Aber machen wir uns doch nichts vor! Nach zwölf Jahren wird wohl niemand mehr kommen und sagen: Wir machen jetzt alle diese Verträge wieder rückgängig. Das ist schlicht nicht realistisch, in Tat und Wahrheit wird so was nie eintreten. Deshalb sagen wir nein zu diesem Vertrag, wie er auf dem Tisch liegt.

Wegen unseres relativ hohen Lebensstandards, den höheren Löhnen und vor allem wegen der sozialpolitischen Attraktivität unseres Landes würde der freie Personenverkehr in unserem Lande schlicht zu einer Katastrophe führen. Beispielsweise ist es dem eigenen Volke gegenüber ungerecht, als Folge dieser Verträge – hier setze ich etwas in den Raum, was zur vorhergehenden Debatte gehört – 90 oder noch viel mehr Millionen Franken für Prämienverbilligungen für die Krankenversicherung ins Ausland zu bezahlen, während wir Einheimischen immer höhere Prämien bezahlen müssen.

Neu soll jemand aus der EU in unserem Land arbeiten kommen dürfen – mit einer fünfjährigen Aufenthaltserlaubnis. Ein Beispiel: Wenn ihm nach einem Jahr gekündigt wird, darf er noch mindestens vier Jahre bei uns bleiben. Dann zahlt die Arbeitslosenkasse und irgendwann am Tag X die Fürsorge. Über die Fürsorge haben Sie wohlweislich in Ihrem Bericht auch nichts geschrieben.

Es ist klar: Wenn ich mir all diese Verträge im Bereich Personenverkehr anschau, kann ich nicht anders, als konkret den Antrag zu stellen, dieses Dossier zu streichen und neu zu verhandeln. Aber sicher können wir dieses Dossier nicht laufenlassen, ohne dass unser Volk etwas dazu sagen kann.

Wie ich einleitend schon gesagt habe: Es war mir ein Anliegen, dass ich Ihnen das vortragen kann, dass das im Protokoll steht, und vor allem war es mir wichtig, Ihnen klarzumachen, dass wir es ernst meinen. Wir sind sehr gut vorbereitet für dieses Referendum.

Schluer Ulrich (V, ZH): Vonseiten der SVP-Fraktion benötigen wir diese Diskussion über Kategorien von zukünftigen Arbeitnehmern aus dem EU-Ausland dazu, den Bundesrat zu bitten, in einer bestimmten Angelegenheit Klarheit zu schaffen:

Wir haben aufgrund der ursprünglichen Angabe des Bundesrates, wonach es Saisoniers in Zukunft nicht mehr geben werde und alle Saisoniers zu Kurzaufenthaltern mit dem Recht auf Familiennachzug würden, von unserer Seite einmal eine Berechnung angestellt: Was könnte diese Neuein-

rung für die Arbeitslosenversicherung bedeuten, weil die Kurzaufenthalter ja im Gegensatz zu den Saisonnières das Bleiberecht haben? Wir sind dann belehrt worden, unsere Rechnung könne nicht stimmen, weil wir übersehen würden, dass es auch in Zukunft noch den sogenannten Euro-Saisonnier geben werde. Von dieser Kategorie, die wir vollständig den Kurzaufenthaltern zugezählt hätten, seien ungefähr die Hälfte Euro-Saisonnières ohne Bleiberecht; es gebe also keine Verpflichtung der Schweiz, für ihre Arbeitslosigkeit aufzukommen, wenn ihre Arbeitszeit hier abgelaufen ist. Wir haben das zur Kenntnis genommen. Wir haben auch zur Kenntnis genommen, dass es EU-Staaten gibt, in welchen es Euro-Saisonnières gibt. Ob es sie in allen EU-Staaten gibt, konnten wir nicht abklären. Wir möchten jetzt zweierlei wissen:

1. Welches sind die Qualitäten der Kategorie des Euro-Saisonnières? Bildet der Euro-Saisonnier eine andere Kategorie als der Saisonnier, den wir bis jetzt in der Schweiz kannten, oder arbeitet er hier zu den gleichen Bedingungen?
 2. Wo in den Vertragswerken – wir haben dazu weder im Vertrag noch in der Botschaft irgend etwas gefunden – ist festgelegt, dass die Schweiz tatsächlich dazu berechtigt ist, Personen dieser Kategorie der sogenannten Euro-Saisonnières in der Schweiz zu beschäftigen? Wenn uns dies tatsächlich zusteht, und somit nicht alle Kurzaufenthalter – wie ursprünglich gesagt – Kurzaufenthalter gemäss entsprechender Kategorie sind, müsste hier nun zuhänden des Protokolls gesagt werden, wo genau festgeschrieben ist, dass Euro-Saisonnières in der Schweiz beschäftigt werden dürfen. Hier bitte ich Sie um Aufklärung.
- Im übrigen lehnt die SVP-Fraktion die beiden Anträge Keller Rudolf und Schaller ab.

Schmid Samuel (V, BE), Berichterstatter: Wir konnten in der Kommission nicht über den Antrag Keller Rudolf abstimmen; nicht weil wir ihn nicht gekannt hätten, sondern weil wir seine Begründung nicht kannten.

Immerhin haben wir gestern die Gelegenheit ergriffen, um über diese Anträge, so weit das gewünscht wurde, zu sprechen. Dieser Diskussion darf ich entnehmen, dass die Kommission – nicht nur ich persönlich – die Auffassung vertritt, dass der Antrag abzulehnen sei.

Was verlangt Herr Keller? Er verlangt die Streichung von Artikel 1 Anag. Damit erreicht er, ausser der Wortmeldung hier im Saale, nichts. Denn selbst wenn der Artikel gestrichen würde, würde sich nichts ändern. Wahrscheinlich ist er sich dessen auch bewusst, denn er hat in seiner Begründung nicht auf die Konsequenzen aufmerksam gemacht.

Meine Aufgabe ist es, dies mindestens offenzulegen; Sie werden Verständnis dafür haben, Herr Keller.

Mit anderen Worten: Die Änderung, die in Artikel 1 aufgenommen wird, sagt nichts anderes, als dass das Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer subsidiäre Geltung hat, dass das Abkommen, insbesondere dessen Anhang I, direkt anwendbar ist. Die wesentlichen Elemente sind im übrigen auch in diesem Abkommen enthalten.

Da der Antrag Keller Rudolf keine Wirkung erzielen würde, beantrage ich Ihnen, ihn abzulehnen.

Borel François (S, NE), rapporteur: M. Keller est contre les accords bilatéraux. Il a voulu saisir cette occasion pour le redire une deuxième fois. C'est son droit, mais ça ne change rien au débat.

En la matière, à propos de cette question sur le séjour et l'établissement des étrangers, les accords sont directement applicables. Dès lors, c'est pour des raisons de transparence que le Conseil fédéral vous propose cette modification législative, pour qu'à la lecture de la loi seule, on n'oublie pas qu'il y a ce droit directement applicable.

Donc, même si vous suiviez la proposition Keller Rudolf, cela ne changerait rien dans les faits. Les accords sont directement applicables. Et qui dit oui aux accords, dit oui à la version du Conseil fédéral. Qui dit non aux accords, peut éventuellement suivre la proposition Keller Rudolf.

La commission ne s'est pas prononcée formellement sur cette question, mais de ce qui ressort de l'état d'esprit général des discussions dans la commission, je peux vous dire qu'au nom de votre commission, nous vous invitons à rejeter la proposition Keller Rudolf.

Couchepin Pascal, conseiller fédéral: Je confirme ce que vient de dire M. Borel, à savoir que la proposition Keller Rudolf est une proposition qui ne changerait rien sur le fond, parce que la nécessité d'adapter la loi fédérale sur le séjour et l'établissement des étrangers découle directement de l'Accord sur la libre circulation des personnes. L'article proposé ne mentionne que des cas dans lesquels cette loi reste applicable pour les personnes soumises aux dispositions de l'accord, et il vise donc à la transparence. Même si on renonçait à cette clarification, l'accord resterait de toute façon directement applicable; en d'autres termes, si la proposition Keller Rudolf était acceptée, cela ne changerait rien à la validité de l'accord conclu avec la Communauté européenne.

C'est la raison pour laquelle nous vous invitons à rejeter la proposition Keller Rudolf.

Venons-en maintenant aux questions soulevées par M. Schluer: le problème des eurosaisonnières. Les eurosaisonnières, ce sont des saisonnières. Il faut voir qu'avec les accords bilatéraux, les saisonnières demeurent: il y aura toujours des gens qui auront des travaux saisonniers. Par contre, ce qui disparaît, c'est le statut de saisonnier, ce statut qui était caractérisé par l'impossibilité du regroupement familial, l'obligation de rentrer après neuf mois, le droit à la transformation du permis A en permis B si on avait fait quatre fois neuf mois, et l'interdiction de changer de travail. Par contre, le travail saisonnier demeurera, il y aura toujours des gens qui seront des saisonnières au sens général et économique du terme, mais ils auront des permis de courte durée. Par contre, il est exact qu'une directive sur la sécurité sociale de l'Union européenne parle des saisonnières. Cette directive privilégie ceux qui travaillent dans une entreprise à caractère saisonnier, et pour un travail saisonnier.

Ceux-là auront le droit d'option. S'ils viennent travailler en Suisse, ce sera la même chose. Soit ils peuvent rester ici et toucher les allocations de l'assurance-chômage en Suisse, mais aux conditions qu'on connaît, c'est-à-dire qu'il faut qu'ils aient cotisé pendant les sept premières années pendant six mois au minimum; ou ils peuvent rentrer chez eux, et c'est là que la chose devient intéressante pour eux. S'ils rentrent chez eux, ils sont indemnisés suivant le régime d'assurance-chômage de leur pays, mais sur la base du salaire qu'ils ont eu en Suisse. Suivant le système social qu'il y a dans leur pays, si c'est en pour cent du dernier salaire, ça rend le système intéressant, parce qu'ils sont indemnisés dans leur pays sur la base du salaire en Suisse.

Reste encore un point: celui qui déciderait de rester ici et de toucher les indemnités de l'assurance-chômage peut le faire s'il y a eu les six mois. S'il part à l'étranger, il ne peut toucher les allocations de l'assurance-chômage que pendant une durée limitée à l'étranger, sur la base de ce qui est obtainable en Suisse.

Voilà les raisons pour lesquelles nous prétendons que la grande majorité des gens qui auront eu des activités saisonnières dans des entreprises saisonnières choisiront l'option de rentrer chez eux, parce que la vie y est moins chère, et ils toucheront des indemnités convenables, mais de la part de leur pays et pas de chez nous.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission
Für den Antrag Keller Rudolf

128 Stimmen
8 Stimmen

Ziff. 1 Art. 18 Abs. 2 Bst. c

Antrag Schaller

c. im Rahmen dieser Höchstzahl:

Diese Höchstzahl darf die folgenden Werte nicht überschreiten:

- ab 1. November 2000: 110 000 Bewilligungen;
- ab 1. November 2001: 80 000 Bewilligungen;

- ab 1. November 2002: 60 000 Bewilligungen;
 - ab 1. November 2003: 40 000 Bewilligungen;
 - ab 1. November 2004: 20 000 Bewilligungen.
- Ab 1. November 2005 dürfen überhaupt keine Saisonnierbewilligungen mehr erteilt werden.

Ch. 1 art. 18 al. 2 let. c*Proposition Schaller*

c. dans la limite de ce contingent.

Ce contingent s'élèvera:

- dès le 1er novembre 2000: à 110 000 autorisations;
- dès le 1er novembre 2001: à 80 000 autorisations;
- dès le 1er novembre 2002: à 60 000 autorisations;
- dès le 1er novembre 2003: à 40 000 autorisations;
- dès le 1er novembre 2004: à 20 000 autorisations.

A partir du 1er novembre 2005, il ne sera plus délivré d'autorisation.

Schaller Anton (U, ZH): Wir haben in diesem Saal schon sehr oft über das Saisonnierstatut diskutiert; schon oft sollte es abgeschafft werden. Sie alle wissen, dass das Saisonnierstatut uns nicht nur Freude, sondern auch viele Sorgen bereitet hat. Wir haben damit oft zu viele zuwenig qualifizierte Arbeitskräfte in unser Land geholt. Der zweite Effekt: Die Saisonniers kommen dann meistens in die Kernstädte, in die Agglomerationen, und belasten die soziale Situation. Da ist also die Versuchung gross, dieses Saisonnierstatut in diesem Umgang auch abzuschaffen. Das ist um so mehr möglich, als ja im Jahr 2001 für EU-Bürger das Saisonnierstatut in dieser Ausführung eigentlich nicht mehr gilt.

Nun habe ich gehört, dass man im Herbst eine Vernehmlassung zu einer Revision des Anag machen und das Saisonnierstatut tatsächlich abschaffen will. Es ist aber so, dass der Bundesrat den Geltungsbereich, also das Rekrutierungsgebiet, über die EU hinaus ausweiten kann.

Meine Frage an Bundesrat Couchepin – zuhanden des Protokolls – ist nun: Hat der Bundesrat die Absicht, das Saisonnierstatut auszuweiten, hat er die Absicht, das Rekrutierungsgebiet über die EU-Länder hinaus zu erweitern – vor allem dann, wenn der Druck aus der Tourismusbranche und aus den Berggebieten, billige Arbeitskräfte in diese Gebiete zu bekommen, wieder ansteigt? Würde der Bundesrat dann auf Druck dieser Kreise das Rekrutierungsgebiet ausweiten? Wenn er hier glaubhaft versichern kann, dass er das Rekrutierungsgebiet auch künftig nicht ausweiten wird und es auf die EU-Länder beschränkt bleibt, wie das zurzeit gilt, werde ich den Antrag zurückziehen, da ja Gewähr besteht, dass das Saisonnierstatut damit tatsächlich und endgültig vom Tisch wäre.

Couchepin Pascal, conseiller fédéral: Monsieur Schaller, comme vous le savez, l'actuel statut de saisonnier sera supprimé pour ce qui concerne les habitants de l'Union européenne, dès l'entrée en vigueur des accords bilatéraux. En ce qui concerne les citoyens ou citoyennes issus de pays extérieurs à l'Union européenne, aujourd'hui déjà, nous ne délivrons aucune autorisation, et nous n'avons pas l'intention d'en délivrer. Le moins qu'on puisse dire, c'est que l'expérience faite avec une trop grande facilité quant au nombre des saisonniers n'a pas été extrêmement positive. Elle a souvent empêché la restructuration de branches qui en auraient eu besoin. C'est notre volonté de ne pas étendre cette possibilité à des gens en dehors de l'Union européenne, même s'ils pouvaient venir travailler à meilleur marché. Tout le but de l'opération que nous sommes en train de mener maintenant est d'éviter un effondrement des salaires. Nous n'allons pas, d'un autre côté, commencer à courir des aventures qui pourraient nous amener précisément à provoquer une réduction de la valeur ajoutée, avec une réduction des salaires qui s'ensuivrait. Dans cet esprit, je vous donne les assurances que vous souhaitez.

Präsidentin: Herr Schaller hat seinen Antrag zurückgezogen.

Ziff. 2*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Keller Rudolf

Streichen

Ch. 2*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Keller Rudolf

Biffer

Keller Rudolf (F, BL): Wir kommen jetzt zu einem Thema, das bisher praktisch nicht behandelt wurde. Trotzdem gehört es auch in diesen Saal, und es wird auch in den Abstimmungskampf für das Referendum gehören.

Seit Jahren gibt es immer wieder Bestrebungen, welche darauf abzielen, die Lex Friedrich zu lockern. 1984 haben 49 Prozent aller Stimmenden für unsere Volksinitiative «gegen den Ausverkauf der Heimat» gestimmt. Deshalb wurde damals die Lex Friedrich geschaffen. Am 25. Juni 1995 ist dann die Lockerung der Lex Friedrich in einer Referendumsabstimmung mit deutlichem Mehr gescheitert, und dies, obwohl wir Schweizer Demokraten mutterseelenallein das Referendum ergriffen hatten.

In der ersten Session dieser Legislaturperiode wurden nicht zuletzt wegen unseren erneuten Referendumsdrohungen Vorstösse für eine Lockerung der Gesetzgebung abgelehnt. Wir haben in der Folge einer kleineren Lockerung im Bereich der Wirtschaft zugestimmt und diese Revision dann laufen lassen.

Momentan sind wieder Vorstösse zur Lockerung der Gesetzgebung hängig. Der Bundesrat stimmte diesen Vorstössen zu. Es zeugt nicht gerade von viel Respekt gegenüber der Volksmeinung, wenn dieses Parlament solche Bemühungen unterstützen will.

Es scheint immer klarer und auch offensichtlicher, dass heute einmal mehr versucht werden soll, die Lex Friedrich in Raten abzuschaffen. Die Schweiz hat es nicht nötig, einigen wenigen gutbetuchten Leuten Schlupflöcher aufzumachen, in denen sie ihr manchmal auch fragwürdig erworbenes Kapital parkieren können. Zudem wenden wir uns gegen die immer stärker zunehmende Verbetonierung unseres Landes – gerade auch in den Grenzregionen oder in den Tourismusgebieten Tessin, Engadin, Wallis, Waadt usw. Diese Regionen wären ohnehin gut beraten, wenn sie nicht mehr auf diesem Wege weiterfahren, sondern ihre Landschaft besser schützen und zu ihrer Landschaft besser Sorge tragen würden. Die Landschaft ist nämlich das Kapital der Tourismusbranche.

Sie wollen nun also die Lex Friedrich für sogenannte Grenzgänger öffnen. Ich sage bewusst: sogenannte. Sie wollen Ausländer, rechtlich gesehen, zu sogenannten Inländern machen und uns Einheimischen gleichstellen. Damit schaffen Sie aber ein neues und grosses zusätzliches Käuferpotential, das nicht so minim ist, wie das in der bundesrätlichen Botschaft behauptet wird. Wir halten fest, dass es praktisch unmöglich sein wird abzuklären, ob solche Leute auf diese Art und Weise in unserem Land missbräuchlich Kapital verstecken. Für sogenannte Grenzgänger entfällt die Veräusserungspflicht beim Verlassen des Landes.

Und überhaupt, ich habe die Frage vorhin schon gestellt: Was sind Grenzgänger? Bis heute mussten sie in einem bestimmten Radius rund um unser Land wohnen, um als Grenzgänger anerkannt zu werden. Nun steht aber in der bundesrätlichen Botschaft, dass fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens die Grenzzonen für Grenzgänger dahinfallen. Ich meine: Das muss die Öffentlichkeit wissen. Denn dann können die Leute aus der ganzen Europäischen Union zu uns kommen und Grundstücke oder Liegenschaften erwerben. Wir werden uns gegen dieses neue Käuferpotential wehren, das viel grösser sein wird, als bisher abzusehen ist. In dieser Frage ist ebenfalls grosser politischer Sprengstoff verpackt. Im Klartext heisst dies nämlich, dass auch jemand

aus Hamburg oder Marseille als sogenannter Grenzgänger in der Schweiz arbeiten und Grundstücke erwerben darf. Neu gibt es keine tägliche Heimkehrpflicht mehr, und man kann die Grenzgänger gar nicht mehr kontrollieren.

Wir fühlen uns durch diesen Teil des Abkommens schlicht hintergangen. Deshalb stelle ich namens der Schweizer Demokraten den Antrag, die Änderung der Lex Friedrich – so heisst sie im Volksmund noch immer – zu streichen. Falls Sie trotzdem darauf eintreten, müssen Sie sich darauf gefasst machen, dass dieses Thema in der Referendumsabstimmung auch thematisiert wird.

Schmid Samuel (V, BE), Berichterstatter: Auch hier nur ein Überblick über die Diskussion in der Kommission. Ich kann festhalten, dass bereits mit der – inzwischen rechtskräftigen, Herr Keller – Gesetzesänderung vom 30. April 1997 beispielsweise Grundstücke für Betriebsstätten und Hauptwohnungen von der Bewilligungspflicht befreit sind.

Heute geschieht noch eine Anpassung in zwei Punkten, gestützt auf die Regeln der Gleichstellung der verschiedenen Einwohner der Europäischen Union mit denjenigen der Schweiz, wonach Angehörige von EU-Staaten mit Wohnsitz in der Schweiz sowie solche, die Grenzgänger sind, beim Erwerb einer Zweitwohnung keiner Bewilligung bedürfen.

Der Kerngehalt der alten Lex Friedrich oder Lex Koller bleibt durchaus erhalten. Insoweit ist die Bemerkung, dass damit dieses Schutzrecht praktisch ausgehöhlt würde, nicht angängig.

Ein Letztes noch: Ich mindestens kenne Gebiete in der Schweiz, Herr Keller, in denen man froh wäre, wenn ein höheres Käuferpotential vorhanden wäre!

Couchepin Pascal, conseiller fédéral: M. Keller a tort lorsqu'il agite la sonnette d'alarme en prétendant que la lex Friedrich sera considérablement modifiée par les accords bilatéraux et l'adaptation de la loi que nous soumettons. Le noyau central de la lex Friedrich, c'est-à-dire les logements de vacances, n'est pas touché. Il est donc faux de prétendre que ce point est mis en cause.

En ce qui concerne les adaptations, elles sont les suivantes: 1. Le frontalier, par exemple, aura le droit d'acheter une résidence secondaire – mais pas au sens de «résidence secondaire/vacances» – à son lieu de travail. Ainsi, le frontalier qui viendra travailler à Genève aura le droit d'acheter une résidence secondaire à son lieu de travail. C'est la contrepartie du fait que le statut de saisonnier est amélioré et que les obligations de rentrer au domicile sont moins exigeantes qu'auparavant. S'il essaie d'obtenir une propriété en dehors de la zone dans laquelle il exerce son activité, il ne l'obtiendra pas. Le Registre foncier bloquera l'inscription d'une telle vente.

En ce qui concerne les personnes issues de l'Union européenne qui viendraient s'établir en Suisse, il est vrai qu'elles auront, dès le départ, et non plus, comme c'est le cas maintenant, après cinq ans, la possibilité d'acquérir un immeuble, mais il faut qu'elles soient domiciliées en Suisse, ce qui les expose à un certain nombre de problèmes. La définition de la notion de domicile en droit suisse est beaucoup plus exigeante qu'elle ne l'est dans beaucoup d'autres droits comparables étrangers.

2. Vous imaginez bien que si quelqu'un obtient un travail en Suisse, il ne va pas, comme premier acte, sauf imprudence caractéristique, avant même d'avoir passé quelques mois, voire quelques années, acheter un appartement ou un immeuble pour y habiter. Il fera comme tout citoyen suisse qui se déplace pour aller travailler quelque part. Il regardera d'abord s'il se plaît à son travail, si ensuite il se plaît dans la région, et ce ne sera que lorsqu'il aura une bonne connaissance du tissu immobilier et du tissu économique de la région et qu'il aura la conviction de vouloir vivre dans cette région, qu'il va acheter un immeuble. Donc, le danger juridique est restreint et le danger pratique est encore plus restreint.

C'est la raison pour laquelle nous vous proposons de rejeter la proposition Keller Rudolf.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission
Für den Antrag Keller Rudolf

125 Stimmen
8 Stimmen

Ziff. 12

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 12

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Baader Caspar (V, BL): Wir werden jetzt dazu übergehen, quasi ohne Diskussion über die Änderungen im Arbeitslosenversicherungsgesetz abzustimmen. Aber es ist mir ein Anliegen, Sie darauf aufmerksam zu machen, dass gerade hier die grösste Kostenfolge aller bilateralen Verträge liegt. Laut der Botschaft werden es nach der Übergangszeit von sieben Jahren zwischen 400 und 600 Millionen Franken pro Jahr sein. Die Angaben basieren auf der derzeitigen Anzahl von Saisoniers und Kurzaufenthaltern, also von 90 000 Personen aus dem EU-Raum.

Grund dafür ist, dass wir die Versicherungszeiten aus dem Ausland anrechnen müssen. Damit können diese Kurzaufenthalter künftig länger in den Genuss von Arbeitslosenentschädigungen kommen, als ihre Aufenthaltsbewilligung andauert.

Die Gefahr besteht, dass wir diese Kosten nicht mehr unter Kontrolle haben. Ich habe mir daher erlaubt, eine Motion einzureichen – die allerdings die Motion einer Minderheit ist, da sie in der Kommission abgelehnt worden ist –, um dieses Problem anzugehen, um eine Lösung in Richtung Kostenneutralität zu suchen.

Ich bitte den Bundesrat, dieses Problem nicht aufzuschieben, sondern jetzt sofort und dringend anzupacken und nicht auf die ordentliche Behandlung meiner Motion zu warten.

Couchepin Pascal, conseiller fédéral: Monsieur Baader, vous avez fait une déclaration. Vous me permettrez de vous dire que le problème que vous posez est certes réel, mais que le problème se posera fondamentalement lorsque l'on aboutira à la libre circulation définitive des personnes et à la possibilité de totaliser les périodes de cotisation à l'étranger et en Suisse. Jusqu'alors, on a un certain nombre d'années et, pendant cette période, les risques pour l'assurance-chômage sont bien moins élevés.

Vous avez pris un certain nombre de précautions. Vous avez notamment demandé et obtenu que, lorsqu'il s'agira de passer définitivement à la libre circulation des personnes, il y aura un arrêté fédéral soumis au référendum facultatif. Alors, nous avons accédé à cette requête, nous l'avons acceptée. Par conséquent, je crois que vous n'avez pas le droit, moralement, d'agiter à l'avance des risques qui seront discutés au moment où, précisément, on en viendra à passer définitivement à la libre circulation des personnes.

Nous ne resterons pas inactifs jusqu'alors, vous le savez bien, puisqu'il y a une modification de la loi sur l'assurance-chômage qui devra intervenir dans un délai relativement court. Le projet y relatif devrait venir au courant de l'an prochain. Vous dire le contenu de cette modification, je ne le ferai pas aujourd'hui, parce que différentes options sont possibles. Mais les préoccupations que vous soulevez seront intégrées dans les réflexions sur l'assurance-chômage.

1. Nous voulons vous présenter un projet de modification de la loi sur l'assurance-chômage qui tienne compte de vos remarques, donc il ne faut pas inquiéter les gens avec des chiffres qui ne tiendraient pas compte de la modification de la loi sur l'assurance-chômage qui sera discutée par le Parlement.

2. Nous avons suffisamment de temps pour trouver une solution valable, qui permette de ne pas faire apparaître ce sujet comme un sujet d'inquiétude dans le cadre de la votation populaire à laquelle nous nous préparons.

Angenommen – Adopté

Ziff. II*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. II*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Schmid Samuel (V, BE), Berichterstatter: Die Kommission hat gestern diesem Erlass in der Gesamtabstimmung mit 19 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

*Namentliche Gesamtabstimmung**Vote sur l'ensemble, nominatif*

(Ref.: 3330)

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:
 Aepli, Alder, Ammann Schoch, Antille, Banga, Bangerter, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Baumberger, Béguelin, Berberat, Bezzola, Bonny, Borel, Carobbio, Cavadini Adriano, Chiffelle, Christen, Cumberg, Comby, David, de Dardel, Dettling, Donati, Dünki, Eberhard, Egerszegi, Engelberger, Engler, Epiney, Eymann, Fankhauser, Fasel, Fässler, Fehr Jacqueline, Fehr Lisbeth, Frey Claude, Friderici, Fritschi, Geiser, Genner, Goll, Gonseth, Grobet, Gros Jean-Michel, Gross Jost, Grossenbacher, Günter, Gysin Remo, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Hegetschweiler, Heim, Herczog, Hess Otto, Hess Peter, Hollenstein, Hubmann, Imhof, Jans, Jaquet, Jeanprêtre, Jossen, Jutzet, Kalbermatten, Keller Christine, Kofmel, Kuhn, Kühne, Lachat, Langenberger, Lauper, Leuenberger, Loeb, Maître, Marti Werner, Maury Pasquier, Meyer Thérèse, Mühlemann, Müller Erich, Müller-Hemmi, Nabholz, Ostermann, Philipona, Raggenbass, Randegger, Rechsteiner Paul, Rennwald, Roth, Ruckstuhl, Ruffy, Rychen, Schaller, Schmid Odilo, Schmid Samuel, Semadeni, Spielmann, Stamm Judith, Steiner, Strahm, Stucky, Stump, Thanei, Theiler, Vallender, Vermot, Vogel, von Allmen, Weber Agnes, Weigelt, Widmer, Widrig, Wiederkehr, Zbinden, Ziegler, Zwygart (117)

Dagegen stimmen – Rejetent le projet:

Dreher, Gusset, Keller Rudolf, Maspoli, Scherrer Jürg, Steffen, Steinemann (7)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Baader, Binder, Blocher, Borer, Bortoluzzi, Brunner Toni, Fehr Hans, Föhn, Freund, Frey Walter, Hasler Ernst, Kunz, Oehrli, Schenk, Schlüer, Schmied Walter, Vetterli, Weyeneth, Wyss (19)

Entschuldigt/abwesend sind – Sont excusés/absents:

Aguet, Aregger, Baumann Alexander, Beck, Bircher, Blaser, Bosshard, Bühlmann, Bühler, Cavalli, Debons, Dormann, Ducrot, Dupraz, Durrer, Eggly, Ehrler, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Florio, Gadiet, Giezendanner, Gross Andreas, Guisan, Gysin Hans Rudolf, Hochreutener, Leeemann, Leu, Lötscher, Maurer, Meier Hans, Meyer Theo, Moser, Pelli, Pidoux, Pini, Ratti, Rechsteiner Rudolf, Ruf, Sandoz Marcel, Scheurer, Seiler Hanspeter, Simon, Speck, Stamm Luzi, Steinegger, Suter, Teuscher, Tschäppät, Tschopp, Tschuppert, Vollmer, von Felten, Waber, Wittenwiler, Zapfl (56)

Präsidium, stimmt nicht – Présidence, ne vote pas:

Heberlein (1)

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats***Schlussabstimmungen****Votations finales**

93.461

Parlamentarische Initiative (Dettling)**Bundesgesetz über die Mehrwertsteuer****Initiative parlementaire (Dettling)****Taxe sur la valeur ajoutée. Loi fédérale***Schlussabstimmung – Vote final*

Siehe Seite 1107 hiervoor – Voir page 1107 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 16. Juni 1999
 Décision du Conseil des Etats du 16 juin 1999

Strahm Rudolf (S, BE): Ich möchte vor der Schlussabstimmung über dieses Gesetz, das wir sehr lange beraten haben – es dauerte fünf Jahre –, namens der SP-Fraktion folgende Erklärung abgeben:

Meine Fraktion wird diesem Gesetz grossmehrheitlich nicht zustimmen; wir werden uns entweder der Stimme enthalten oder die Vorlage ablehnen. Dieses Gesetz ist kein gutes Gesetz.

1. Es bewirkt gegenüber dem Status quo Einnahmefälle von 200 Millionen Franken, später gar von 240 Millionen Franken. Es ist ein kleiner Trost, dass das Gesetz nach dem ersten Durchgang Ausfälle von 800 Millionen Franken bewirkt hätte und dass diese als Folge unserer Drohung hinuntergedrückt worden sind. Aber der Bund kann sich das auch jetzt nicht leisten.

2. Dieses Gesetz bringt gegenüber dem heute geltenden Zustand der Verordnung neue Unsicherheiten. Diese ganzen Optionsgebilde sind Futter für Juristen, für professionelle Steueroptimierer und Steuerschlupfloch-Spezialisten. Sie werden sehen, es wird einen Rattenschwanz von neuer Judikatur, Gerichtsfällen, Einsprachen usw., zur Folge haben. Wir finden, die bestehende Verordnung des Bundesrates sei besser; sie hat zwar Mängel, aber sie ist heute sicherer geworden und ist zukunftsfähig.

Zum Schluss noch eine mehr prozedur- und verfahrenspolitische Bemerkung: Erstmals basiert ein ganzes Gesetz auf einer parlamentarischen Initiative, auf der parlamentarischen Initiative Dettling. Vor fünf Jahren wurde mit der Arbeit begonnen, und der Kommissionspräsident hatte damals versprochen, in sechs Monaten ein neues Gesetz vorzulegen: Es brauchte fünf Jahre, über 30 ganze Kommissionstage in der WAK und der Subkommission der WAK; es kostete über 100 000 Franken für zugezogene Experten, und zuletzt musste die Eidgenössische Steuerverwaltung dann die krummen Dinge selber wieder reparieren. Das ist keine gute Art der Legiferierung.

Es hat unter einem schlechten Stern begonnen, und in diesem Sinn werden die meisten Mitglieder unserer Fraktion sich der Stimme enthalten oder das Gesetz ablehnen. Wir werden es nicht aktiv bekämpfen; es ist aber ein Musterbeispiel für eine parlamentarische Fehlleistung mit vielen neuen Rechtsunsicherheiten und -unwägbarkeiten.

Widrig Hans Werner (C, SG): Ich bitte Sie, diesem Gesetz zuzustimmen:

1. Es ist ein einfaches Gesetz, administrativ einfacher als die Verordnung, und es ist für die Wirtschaft besser.

Bilaterale Verträge Schweiz/EU. 4. Freier Personenverkehr

Accords bilatéraux Suisse/UE. 4. Libre circulation des personnes

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1999
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Augustsession
Session	Session d'août
Sessione	Sessione di agosto
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	07
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	99.028-4
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	02.09.1999 - 15:00
Date	
Data	
Seite	1599-1603
Page	
Pagina	
Ref. No	20 046 332

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.